

Misstandsfeststellungen und Veranlassungen der Volksanwaltschaft

2018

Bundesverwaltung

18.12.2017 – 23.01.2018 (TO 3/2)

Jänner bis Februar		
Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer der erstinstanzlichen Verfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 96	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA setzte in der Regel keine oder nur sehr wenige Ermittlungsschritte. Die 15-monatige Entscheidungspflicht wurde verletzt, wobei organisatorische Mängel und steigende Asylanträge keine rechtlich relevante Begründung sind. Es erging die Aufforderung, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Familienzusammenführung Anzahl der berechtigten Beschwerden: 11	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA setzte keine bzw. keine ausreichenden Verfahrensschritte in Familienzusammenführungsverfahren nach dem AsylG. Die Mitteilungen der Wahrscheinlichkeitsprognosen an die Vertretungsbehörden im Ausland erfolgten monatelang nicht, was für die wartenden Familien eine Härte bedeutet. Es erging die Aufforderung, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Dauer der Rechtsmittelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 25	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Es erging die Aufforderung, die Verfahren rasch abzuschließen.

NAG – Dauer eines Aufenthaltstitelverfahrens VA-BD-I/2186-C/1/2017	Wiener Landeshauptmann, Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Aufenthaltstitelverfahren blieb die MA 35 zunächst knapp fünf Monate untätig, ehe sie den Antragsteller aufforderte, einen Nachweis über die Integration am österreichischen Arbeitsmarkt zu erbringen. Erst in weiterer Folge setzte die Behörde Verfahrensschritte. Die MA 35 setzte dem Antragsteller, der mit der Unterlagenvorlage säumig war, keine Frist zur Vorlage dieser Unterlagen.
Asyl – Verfahrensdauer bei Ausstellung der Karte für Geduldete VA-BD-I/2820-C/1/2017	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) Bundesministerium für Inneres (BMI)	Die vom Beschwerdeführer beantragte Karte für Geduldete wurde erst nach über neun Monaten ausgestellt. Das BMI führte die Verzögerung auf eine generell hohe Arbeitsbelastung des BFA zurück.
Strafvollzug VA-BD-J/0889-B/1/2017	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Es wurde über einen Antrag auf Ausgang zum Begräbnis des Vaters eines Insassen einer Justizanstalt erst nach mehr als zwei Wochen entschieden. Angesichts der landesgesetzlichen Fristen zur Bestattung, müssen die Justizanstalten nach Ansicht der Volksanwaltschaft so eingerichtet sein, dass sie in der Regel innerhalb der Frist zur Pflichtbestattung über die Teilnahme von inhaftierten Angehörigen am Begräbnis entscheiden können.
Kinderbetreuungsgeld; lange Verfahrensdauer bei Auslandsbezug; VA-BD-JF/0196-A/1/2017	Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK)	Das Kinderbetreuungsgeld wurde erst nach mehr als einem Jahr nach Antragstellung gewährt, obwohl Nachweise für Lebensmittelpunkt und Berufstätigkeit in Österreich vorlagen. Der von der WGKK angegebene Grund, dass Nachweise aus dem Herkunftsland (Rumänien) abgewartet wurden, ist keine Rechtfertigung. Lange Verfahrensdauer bei Fällen mit Auslandsbezug ist ein strukturelles und bekanntes Problem.
Freiwillige Weiterversicherung VA-BD-SV/0940-A/1/2017	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Die Antragsbearbeitung des Bf. bei der PVA hat über ein Jahr lang gedauert. Die Volksanwaltschaft stellt einen Missstand fest.
Pensionsauszahlung VA-BD-SV/0880-A/1/2017	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Der Versicherte erhielt die ihm gebührende Pensionsleistung unregelmäßig bzw die Auszahlung wurde aufgrund eines Versehens der PVA eingestellt. Trotz ausdrücklichen Wunsches des Versicherten erfolgte die Anweisung der Pension in Euro statt in Pfund.
Fachkräftestipendium	Arbeitsmarktservice (AMS) Salzburg	Die Bf. erhielt vom AMS unrichtige Informationen über die

VA-BD-SV/1320-A/1/2017		Voraussetzungen für ein Fachkräftestipendium und meldete sich im Vertrauen auf die Richtigkeit der Information zu einer mehrmonatigen Ausbildung zur Diplomsozialbetreuerin an. In weiterer Folge lehnte das AMS die Auszahlung der Fachkräftestipendiums ab. Infolge des Einschreitens der VA erklärte sich das AMS zur Wiedergutmachung bereit und gewährte eine Ausbildungsbeihilfe auf Basis einer „Härtefallregelung“.
Schulbuch VA-BD-UK/0020-C/1/2017	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)	Das BMBWF genehmigte ein Lesebuch für Volksschulkinder, in dem eine typisch österreichische Stadt mit einer Moschee graphisch dargestellt ist. Die VA regte an, die Darstellung religiöser Gebäude gänzlich zu unterlassen, um keine Religionsgemeinschaft zu benachteiligen. Neutral wäre z.B. die Darstellung des Rathauses, welches in (fast) jeder österreichischen Stadt zu finden ist und für die Kinder jeder Religionszugehörigkeit den Alltag entsprechend widerspiegeln würde.
Untätigkeit der Flugunfalluntersuchungsstelle VA-BD-VIN/0139-A/1/2017	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)	Die Flugunfalluntersuchungsstelle des Bundes hat es unterlassen, zu einem Flugunfall vom 15. Juli 2006 einen Bericht zu erstellen. Erst auf Druck der VA, die im September 2017 davon Kenntnis erlangt hat, wird Ende Oktober 2017 – also nach mehr als 11 Jahren – ein Zwischenbericht erstellt
Studienbeiträge VA-BD-WF/0040-C/1/2017	Medizinische Universität Wien (MedUni Wien)	Die MedUni Wien überschritt im Zusammenhang mit der Zurückweisung eines Antrages auf Erlass von Studienbeiträgen, die für die Vorlage einer Bescheidbeschwerde vorgesehene Frist von vier Monaten. Weiters war zu beanstanden, dass die Herstellung des der Rechtsanschauung des Bundesverwaltungsgerichts entsprechenden Rechtszustandes nicht unverzüglich erfolgte, sondern einen Zeitraum von annähernd fünf Monaten in Anspruch nahm.